

# „Die Giche“

Organ des Gewerkschaftsvereins der  
Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Abonnementspreis pro Monat 50 Pf.  
Bestellungen richtet man an den  
Verlag: Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter  
Deutschlands  
Berlin N.O. 55, Großswalder Straße 229

Alle Zuschriften für die „Giche“ an H. Bernholt, Ulm a. D., Poststr. 47, Telefon 1442  
Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmten Poststücken sind zu adressieren  
Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 55, Großswalder Straße 229  
Einschlägliche Geschäftsmitteilungen an H. Schumacher, Berlin N. O. 55, Großswalderstr. 222.  
Postcheckkonto 39 821 beim Postcheckamt Berlin N. W. 7, Telefon Berlin Alexander 4720

Anzeigen die 4-gespaltene Zeitspalt  
20 Pfennig  
Arbeitsmarkt 15 Pfennig  
Ortsvereinsanzeigen 10 Pfennig

## Unsere Kranken- und Sterbekasse.

Die Führer unserer Gewerkschaftsbewegung vertraten von jeher den entschiedenen Standpunkt, daß wir uns als Organisation nicht nur mit Erringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu befassen haben, sondern, daß auf Grund der unzulänglichen sozialen Gesetzgebung, Einrichtungen geschaffen werden müssen, welche geeignet sind, den Familienvater, sowie den ledigen Kollegen die Nachteile einer Krankheit leichter zu überwinden und im Todesfall die schwere Sorge um die Zukunft der Angehörigen durch Beihilfe zu den Begräbniskosten zu erleichtern. Die Verhältnisse haben uns Recht gegeben, mehr denn je hat die Not Einzug in die Familienkreise gehalten, die Unterernährung wirkt umso leichter den Familienvater auf das Krankenbett und nur zu leicht tritt der Tod an den Ernährer, oder dessen Ehefrau heran. Wir wollen heute davon absehen, welche große Not im Laufe der Jahre seit Bestehen unserer Kranken- und Sterbekasse von diesen beiden Kassen gelindert worden ist. Auf jeden Fall ist es möglich gewesen, diese beiden Kassen auch über die schwersten Krisen, welche durch den Krieg und in die darauf folgenden Jahre eingetreten ist, aufrecht zu erhalten.

Das eine haben wir jedoch nicht verhindern können, daß man in der Geldentwertung auch in diesen beiden, so gut fundierten Kassen alle Vermögenswerte restlos zerstörte, und uns 1924 vor ein Nichts stellte, wir waren auch gezwungen, bei der Anlegung der Gelder nach den Gesetzesbestimmungen für Privatversicherung zu verfahren.

Es gehörte wahrlich Mut und Entschlossenheit dazu, wieder neu aufzubauen, viele derartige Kassen haben einfach liquidiert, deren Mitglieder sind alle Rechte verlustig gegangen.

Dies haben wir nicht getan, wir wollten unter allen Umständen die Rechte unserer Mitglieder wahren, was uns auch im weitesten Maße gelungen ist. An dieser Stelle sei jedoch auf einen Uebelstand hingewiesen, welcher in der Freiwilligkeit der Mitgliedschaft liegt. Von jeher ist die unliebsame Tatsache zu verzeichnen gewesen, daß alle Aufklärungsarbeit nicht vermocht hat, den Kollegen von den Vorteilen einer solchen Einrichtung, wie sie in unserer Kranken- und Sterbekasse liegen, zu überzeugen. Besonders die jüngeren Mitglieder denken am allerwenigsten an Krankheit und Tod, sie glauben mit ihrer Kraft alle derartige Hindernisse leicht überwinden zu können. Erst wenn die Kollegen älter werden, wenn schon hin und wieder der Arzt in Anspruch genommen werden muß, oder ein Betriebsunfall passiert, denkt man an derartige Versicherungen.

Dies Verhalten der Kollegen hat jedoch zur Folge, daß die Leistungen der Kasse sich nicht so entfalten können, als man ein Ausgleich in Alt und Jung, herbeigeführt, in dem alle Mitglieder des Gewerkschaftsvereins den beiden Kassen angehörten.

Sehen wir uns die Zwangskrankenkassen näher an, so muß zunächst gesagt werden, daß dort jeder Kollege, sobald er in einem Betriebe Arbeit nimmt, auch Mitglied der Orts- oder Betriebskrankenkasse werden muß. Trotz dieses Vorteils ist es ein offenes Geheimnis wie außerordentlich schwer auch die Zwangskrankenkassen unter den Einwirkungen dieser Krisenzeit zu kämpfen haben. Es dürfte daher jedem Kollegen einleuchten, daß wir infolge der oben geschilderten freiwilligen Mitgliedschaft den Vorgängen erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken haben, um die altbewährten Einrichtungen vor Schaden zu bewahren.

Die nächste Generalversammlung wird ohne Zweifel die Frage zu prüfen haben, ob es nicht angebracht ist, eine gewisse Zwangsmitgliedschaft herbeizuführen, indem ein bestimmter Teil der Gewerkschaftsbeiträge an die Kranken- und Sterbekasse abgeführt wird. Solange jedoch ein solcher Beschluß nicht besteht, müssen durch Beschluß des Vorstandes bzw. Aufsichtsrat dementsprechende Sicherheitsmaßnahmen getroffen werden. Der Vorstand hat sich dementsprechend auch sehr ernst mit der Frage beschäftigt und hat betreffs der Aufnahme in die Krankenkasse folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Aufnahme in der Krankenkasse erfolgt:

bis 55 Jahre in Stufe I 10 Pfg. Wochenbeitrag  
bis 50 Jahre in Stufe II 20 Pfg. Wochenbeitrag  
bis 45 Jahre in Stufe III 30 Pfg. Wochenbeitrag  
bis 40 Jahre in Stufe IV 40 Pfg. Wochenbeitrag  
bis 40 Jahre in Stufe V 50 Pfg. Wochenbeitrag

Ueber diese Sätze hinaus ist eine Aufnahme nicht gestattet. In Stufe I wird das Krankengeld erst vom 9. Tage ab gezahlt; in allen anderen Stufen vom 4. Tage der Erkrankung. Der Höchstbetrag des Krankengeldes in der I Stufe beträgt M. 24.“

Mit diesem Beschluß ist der Zustand in der Hauptsache, wie er 1914 bestand, wieder hergestellt.

Wie die Verhältnisse heute liegen dürfte jeden Kollegen klar sein, daß es nicht angängig und tragbar ist, daß ältere Kollegen sich in den höchsten Stufen versichern, während die jüngeren entweder der Kasse ganz fern bleiben oder die niedrigsten Stufen wählen. Ebenso klar dürfte einem jeden sein, daß mit den durch die Inflation hervorgerufenen gelockerten Bestimmungen endgültig aufgeräumt werden muß.

Das gleiche gilt für die Sterbekasse. Hier muß zunächst festgestellt werden, daß der 1922 gefaßte Beschluß die gesamten Mitglieder eines Ortsvereins der Kasse zuzuführen nicht innegehalten worden ist. Bei den älteren Mitgliedern ist dies im reichsten Maße geschehen, während die jüngeren längst nicht mehr dem Beschluß nachgekommen sind und derselbe bei Neuaufnahmen in den Gewerkschaftsverein bei der Sterbekasse nicht mehr Beachtung findet.

Sinnvoll kommt, daß die älteren Mitglieder aus leichtverständlichen Gründen bestrebt sind, sich möglichst hoch in der Sterbekasse zu versichern.

Hierin liegt eine außerordentliche große Gefahr und hat es keinen Zweck hierbei die Augen zu verschließen. Wir müssen unsern Kollegen offen erklären, wie die Sachlage liegt. Wir dürfen uns hierbei keineswegs von Gefühlen leiten lassen, sondern müssen die Angelegenheit ganz nüchtern betrachten.

Der Vorstand kann und darf an dieser Tatsache nicht achtlos vorüber gehen, er mußte Sicherungen schaffen, und faßte demgemäß als dringendste Maßnahme folgenden Beschluß:

§ 5. Absatz 2 der Sterbekasse erhält folgende Fassung:

„Stirbt ein Mitglied, so wird an die erbberechtigten Hinterbliebenen ein Sterbegeld gezahlt. Die Höhe desselben richtet sich nach der Höhe des geleisteten Wochenbeitrages und beträgt für 5 Goldpfennige nach 52 Wochen 50 Goldmark.“

„Mitglieder der Sterbekasse, welche nach 1914 eingetreten sind, und bei ihrem Eintritt das 45. Lebensjahr überschritten haben, erhalten im Falle des Todes, ungeachtet der Höhe des Beitrages, nur die nach § 5 Absatz 2 festgesetzten 50 Goldmark.“  
Weitere endgültige Beschlüsse sollen durch den Vorstand bzw. einer Generalversammlung gefaßt werden.

Dieser Beschluß bezieht sich sowohl auf die Kranken- wie auf die Sterbekasse.

An sich werden durch diese Beschlüsse die Rechte der Mitglieder keinesfalls geschmälert, da der Fortfall der Steigerungssätze in der Höhe des Sterbegeldes den einzelnen nicht besonders trifft, die Kasse jedoch wesentlich entlastet, so daß die Steigerung beseitigt werden mußte.

Auch die Mitglieder, welche nach 1914 der Kasse beigetreten sind und heute das in der Satzung vorgesehene Aufnahmealter weit überschritten haben, werden zugeben müssen, daß es nicht angängig ist, diese Mitglieder günstiger zu stellen, als diejenigen, welche 20 und 30 Jahre der Kasse angehören. Diese Maßnahme ist daher nur ein Akt der Gerechtigkeit u. wird von unseren Mitgliedern auch ohne weiteres verstanden werden. Ob es möglich ist, mit diesen Bestimmungen auszukommen, muß abgewartet werden.

Auf jeden Fall ist es dringend notwendig, beiden Kassen erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Es gilt nicht nur für den Gewerkschaftsverein neue Mitglieder zu werben, sondern unserer Kranken- und Sterbekasse muß junges Blut zugeführt werden. In jeder Familie sind Frauen, Söhne, Töchter und Anverwandte, die nach unserer Satzung

soweit sie nicht das 40. Lebensjahr überschritten haben, in der Sterbekasse Aufnahme finden können. Führen wir dieselben der Klasse zu, dann wird es möglich sein, ohne weitere Maßnahmen die Klassen auszubauen.

## Ergänzungen zum Unfall-Versicherungs-Gesetz.

Von Paul Ziegler, M. d. R.

Bei der Neuordnung der Unfallversicherung durch die Novelle vom 14. Juli 1925 blieben insbesondere in bezug auf die Umrechnung älterer Renten und auch in bezug auf die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes einige Fragen unklar. Die Umrechnung der Renten von im jugendlichen Alter Verletzten hat den Gegenstand vieler Streitigkeiten gebildet. Ich habe in der Öffentlichkeit immer wieder betont, daß die Auffassung der Berufsgenossenschaften und auch der Gerichte, dem klar ausgedrückten Willen des Gesetzgebers nicht entsprach. Sie widersprach auch der ausdrücklich schriftlich formulierten Auffassung der Regierung. Ähnlich war es in einigen anderen Fällen. Die Regierung hat nun, um endlich Klarheit zu schaffen, auf dem Wege der Verordnung eingegriffen. Nach der jetzt veröffentlichten Verordnung vom 14. 6. 1926 werden für die Renten aus der Zeit vor dem 1. Juli 1924 für die Zeit nach dem 30. Juni 1925, soweit es sich um Renten jugendlicher, um Renten sogenannter Pflicht- oder Notstandsarbeiter, um Renten berechnet nach dem Ortslohn in der Zeit nach dem 31. 12. 1919 handelte, die Jahresarbeitsverdienste nach den folgenden Vorschriften neu berechnet:

1. Renten jugendlicher: Für die Berechnung der Rente eines Verletzten der zur Zeit des Unfalles noch nicht 21 Jahre alt war, aber vor dem 1. 7. 1925 das 21. Lebensjahr vollendet hat, gilt als Jahresarbeitsverdienst der Durchschnittsverdienst für den vollen Arbeitstag, den gleichartige in der Erwerbsfähigkeit nicht beschränkte Versicherte, die am 1. 7. 1924 wenigstens 21 Jahre alt waren in den Monaten Juli 1924 bis Juni 1925 in dem Betrieb, in dem sich der Unfall ereignet hat, bezogen haben, vervielfältigt mit der im Betrieb üblichen Zahl von Arbeitstagen. Ist ein gleichartiger Beschäftigter nicht zu ermitteln, so ist der Jahresarbeitsverdienst nach billigem Ermessen festzusetzen.

Hat der Versicherungsträger Durchschnittssätze festgesetzt, entsprechend Artikel 142 der Novelle vom 14. 7. 1925, so wird der Jahresarbeitsverdienst bei allen Unfällen, die sich vor dem 1. Juli 1924 ereignet, nicht nach den vorstehenden Bestimmungen, sondern nach Artikel 142 des genannten Gesetzes berechnet.

Sind die Durchschnittssätze nach Altersgruppen zusammengefaßt, so erfolgt die Berechnung nach der Gruppe, deren Alter der Verletzte am 1. Juli 1925 erreicht hat.

Erreicht der Jahresarbeitsverdienst, berechnet nach den vorstehenden Vorschriften das 300fache des Ortslohnes für Erwachsene welcher am 1. Juli 1925 für den Beschäftigungsort galt, so ist Artikel 145 der Novelle anzuwenden.

2. Renten von Notstands- oder Pflichtarbeitern: War ein Versicherte auf Grund entsprechender früherer Vorschriften zu Pflicht- oder Notstandsarbeiten herangezogen worden, und hatte er bei dieser Arbeit einen Unfall erlitten, so ist auf Antrag der Jahresarbeitsverdienst nach billigem Ermessen festzusetzen, wenn die Berechnung nach den Bestimmungen der Novelle vom 14. 7. 1925 mit Rücksicht auf die Höhe des Einkommens des Versicherten vor Beginn seiner Erwerbslosigkeit eine unbillige Härte bedeuten würde.

3. Renten nach dem Ortslohn: Wenn eine Rente aus einem Unfall nach dem 31. 12. 1919 entsprechend den ursprünglichen Bestimmungen der RVG. nach dem Ortslohn berechnet war, so ist der Jahresarbeitsverdienst, nach den Bestimmungen der Novelle und zwar nach Artikel 142 bis 145 zu berechnen.

Für minderjährige gelten, falls das für sie günstiger ist, die Bestimmungen unter 1. für Notstandsarbeiter, die unter 2.

Wenn ein aus einem Unfall vor dem 1. 7. 1924 Rentenberechtigter nachweist, daß der Berechnung der Rente nach den ursprünglichen Bestimmungen der RVG. zu Grunde gelegte Jahresarbeitsverdienst wesentlich hinter dem Gesamtbetrag zurückbleibt, den der Versicherte in dem Jahre vor dem Unfall verdient hat, so ist auf Antrag der Jahresarbeitsverdienst für die Berechnung der Rente nicht nach den Bestimmungen der Novelle, sondern nach billigem Ermessen festzusetzen. Dieser so festgesetzte Jahresarbeitsverdienst muß mindestens das 300fache des am 1. 7. 1925 für den Beschäftigungsort geltenden Ortslohnes für Erwachsene über 21 Jahre betragen.

In allen Fällen, in denen im Bescheid der Jahresarbeitsverdienst wohl nach den Vorschriften des Gesetzes vom 14. 7. 1925, aber nicht nach den Vorschriften der neuen Verordnung berechnet worden ist, muß der Versicherungsträger einen neuen Bescheid erteilen, falls die Vorschriften der Verordnung für den Verletzten günstiger sind.

Eine weitere Änderung ist durch den Reichstag in bezug auf die Abfindung beschlossen worden. Wenn ein Verletzter zwei Unfallrenten bezog, davon eine in Höhe von 10 Prozent, dann hatte die Berufsgenossenschaft diese eine Rente abzufinden. Diese Bescheide sind auf Antrag des Verletzten aufzuheben. Die Rente ist weiter zu gewähren. Das Abfindungskapital ist auf die Rente aufzurechnen.

## Bewirtschaftung menschlicher Arbeitskraft im technischen Produktionsprozeß.

Dieses Thema hatte Herr Oberingenieur Arnold-Gelsenkirchen seinem Vortrage zu Grunde gelegt, welchen derselbe auf der Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes für die deutsche Holzindustrie und des Holzgewerbes in Köln, über die wir bereits berichtet, gehalten hat.

In dem Vortrage, der jetzt in seinem Wortlaut von der „Holzindustrie“ veröffentlicht ist, sind Gedankengänge enthalten, die mehrfach mit denen unseres Freundes Erkelenz übereinstimmen. Wenn man auch in vielen Punkten der Ausführungen des Vortragenden durchaus anderer Anschauung sein kann, so werden in dem Vortrage doch soviel neuzeitliche Gedanken entwickelt, daß man es nur begrüßen kann, daß gerade derartige Ausführungen im Kreise von Unternehmern gemacht werden. Wir können es uns nicht versagen, auf einzelne Punkte näher einzugehen.

Nach allgemeinen einleitenden Worten kommt der Vortragende zum ersten Punkt seiner Anschauungen indem er ausführt:

„Die Zeiten die wir jetzt durchleben sind keine Wirtschaftskrisis der Art, wie sie ohne weiteres überwunden werden können. Man tröstete sich nicht mit dem starken Mann, der kommen muß, um alles wieder besser zu machen: Es gibt nur eins: wir müssen aus uns selbst heraus versuchen, die Krise in der Wirtschaft zu überwinden.“

### Billig produzieren.

Das Geheimnis der Selbsterhaltung für die nächsten Jahrzehnte wird bei uns heißen: billig zu produzieren, das heißt eine Leistungssteigerung pro Kopf herauszuholen, ohne das wir ein Mehr einlegen an Kraft, Stoff und Zeit. Wir müssen es fertig bringen, aus unseren Betrieben einen erhöhten Wirkungsgrad herauszuwirtschaften. Wir Ingenieure haben auf den Hochschulen gelernt, wie man das macht. Erstens: Um die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Betriebe zu erhöhen, muß diese Maschine überall dort, wo noch menschliche Muskelkraft Verwendung findet, eingesetzt werden. Wir müssen darüber hinaus die Maschinen so hoch in ihrer Wirtschaftlichkeit bringen, daß sie möglichst viel erzeugen unter Verminderung ihrer Betriebskosten. Aber, nun kommt schon das Aber, diese Gedankengänge haben eine Begrenzung für die heutige Zeit, nämlich darin, daß wir leider nicht in der Lage sind, uns die modernsten Maschinen anzuschaffen. Das Geld, welches wir uns heute in Amerika zusammenpumpen, ist für andere Zwecke dringender notwendig. Das schlimmste ist aber noch, daß die Einführung der Maschine in der Arbeiterschaft auf Widerstand stößt, nicht aus Boswilligkeit, sondern auf Grund der Einstellung des Arbeiters gegenüber der Maschine.

Der zweite Weg der zum gleichen Ziele führt, ist der, den wir auch auf den Hochschulen kennen gelernt haben: die Betriebe so zu organisieren, daß kein Griff und kein Schritt umsonst getan wird. Rationierung, Fließarbeit, Bandarbeit, Typisierung und Normalkierung gehören hierher. Was wir aber nicht gelernt haben, das ist das Dritte: daß nicht die tote Maschine die tote Organisation, das Entscheidende alles Werdens ist, sondern daß der Mensch den primären Faktor des Betriebes darstellt und daß, wenn wir hier Erfolg haben wollen, wir diesen Menschen gestalten, wirtschaftlich erfassen müssen.

Wir Deutschen haben allerdings nur geringe Eignung dafür, den Menschen in den Wirtschaftsprozeß richtig einzuschalten. Wir haben bisher stets angenommen, daß der Mensch eine gegebene Größe sei, wir haben uns gesagt, er sei vom Herrgott geschaffen und es sei nichts an ihm zu ändern. Ein durchaus falscher Standpunkt. Denken Sie einmal an ihre eignen praktischen Jahre, erinnern Sie sich, was ein gutes Wort für Kräfte in ihnen lebendig gemacht hat und wie auf der anderen Seite eine falsche, ungerechte Behandlung riesengroße Hemmungen in ihnen erzeugt hat. Wir müssen da doch einmal versuchen, diese geheimnisvollen in dem Menschen schlummernden Kräfte lebendig zu machen, um sie in den Dienst unserer Wirtschaft zu stellen. Wir Deutsche haben leider recht wenig Verständnis und Neigung dazu. Das markanteste Beispiel hierfür ist das deutsche Heer gewesen. Es war das bestorganisierte der Welt, mit dem besten Menschenmaterial. Und doch hatte es den riesengroßen Fehler, daß man in ihm den Menschen nur als Zahl bewertete, nicht als Persönlichkeit. Zunächst wurde dieses Heer folgendermaßen zusammengestellt: In der Musterung untersuchte der bekannte Oberstabsarzt den Körper, maß Brustumfang, kontrollierte die Lunge usw. War der Mann groß, kam er zur Garde nach Berlin, war er klein, kriegte er eine hohe Hausnummer und ging in die Provinz zur Linie. Hier wurde er gedrillt. Der Unteroffizier drillte, der Gruppenführer drillte der Zugführer der Kompanieführer drillte. Er wurde solange gedrillt, bis auch der geistig Minderwertigste begriffen hatte. Darin lag letzten Endes der Kern des später so verhassten Militarismus, daß auch der Billigste und Klügste so lange gedrillt wurde, bis auch der Dummste und Schlaueste begriffen hatte, was los war. Also eine Idyllisierung nach unten. Durchaus falsch. Die Amerikaner haben es besser verstanden und es lag das Geheimnis der Kraft des amerikanischen Heeres in erster Linie in seiner individuellen Auswahl und Schulung. Noch mehr haben wir falsch gemacht

Wir haben während des Krieges immer wieder nur die Bajonette und Gewehre gezählt und haben nicht daran gedacht, daß ein einiger Wille dahinter stehen muß. So ist das gekommen, was über uns hereingebrochen ist. Diese Fehler dürfen wir, wenn wir die „Menschlichkeit“ in unserer Industrie übertragen wollen, nicht wieder machen, sondern müssen versuchen, dieses Menschenproblem vom wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Standpunkt zu betrachten und zu lösen.

Wenn ich ihnen einen Vortrag über Menschenbehandlung im Betriebe halten soll, denke ich zunächst nicht an das Einfache und Selbstverständliche, daß man in allen Dingen des Betriebes Vorbild sein muß; ich setze das als bekannt voraus. Wenn man im Betriebe etwas erreichen will, muß man Vorbild sein, der Erste und Letzte am Plage.

Wenn wir versuchen wollen, das menschliche Schaffen als Triebkraft in den Wirtschaftsprozess einzuschalten, so müssen wir zunächst versuchen, alles, was den Menschen in der Arbeit hindert, zu beseitigen, insbesondere die Hemmungen in der Ungeschicklichkeit und Arbeitsunwilligkeit. Ich darf vielleicht stark unterstreichen, daß ich auf meinen Reffen, die ich im Auftrage dieser ganzen Sache mache, überall das Gleiche fand: „Hemmungen in der Arbeit, die bis zu 25 Prozent der Leistung gehen, weil man es nicht versteht, in der richtigen Form Arbeit zu machen. Der Arbeiter ist äußerst feinsüßig darin, wenn er einmal mit der Arbeit loslegt und dann steht, daß über einen gewissen Verdienst hinaus die bekannte Schere erscheint, die die Spitze wegnipst. Das sind Erscheinungen, die große Hemmungen hervorrufen. An Stelle dieser Hemmungen muß man einsetzen die Triebkräfte der Geschicklichkeit und Arbeitsfreudigkeit, die nicht zuletzt die in der menschlichen Brust wohnenden Kräfte von Ehrgeiz und Vorwärtstommen wollen. Auch die schlummernden Muskelkräfte müssen durch sportliche Betätigung mobil gemacht werden. Tun wir das, dann kommen wir schon ein Stück weiter. Es muß aber auch ein Kampf des Arbeiters um die Seele sein. Meine Herren, wir dürfen nicht vergessen, daß 50 Jahre lang andere Leute um die Seele des Arbeiters gekämpft haben und ein verderbliches Gift in die Herzen hinein geträufelt haben. Jetzt müssen wir einmal daran gehen, den Mann für uns zu erfassen, um alle Kräfte, die schlummern und künstlich durch das Gift niedergehalten werden, lebendig zu machen.

Der Vortragende will mit dem „Gift“ offenbar den Einfluß der Gewerkschaften bezeichnen und schwebt ihm offenbar der Gedanke der Pflege von gelben Werksgemeinschaften vor Augen. Zu dieser Annahme ist man umso mehr berechtigt, indem in diesem Zusammenhang auf Vorgänge in den Werken von Vorjig, Siemens, Bosch Krupp und Deunawerke im Vortrage hingewiesen und auf angebliche Erfolge aufmerksam gemacht wird. Ist unsere Annahme richtig, dann stehen diese veralteten Anschauungen im krassen Widerspruch zu den überaus sachlichen und neuzeitlichen Gedankenentwicklungen des Vortragenden.

In dem weiteren Verlauf seines Vortrages macht der Referent eingehende Ausführungen über Arbeitsschulung, Eignungsprüfungen Lehrwerkstätten, die zum größten Teil sehr beachtenswert sind, die aber unseres Erachtens bis auf weiteres sehr viel Theorie enthalten.

Im Anschluß hieran wird über die Einrichtung von Werksschulen berichtet, um dann zu den Erfahrungen in den verschiedenen Wirtschaftszweigen überzugehen. Des weiteren versucht der Redner die Vorteile einer Werkzeitung und Mitarbeiterwerkstatt zu beleuchten, auf die näher einzugehen, es sich erübrigt.

Der Grundgedanke seines ganzen Vortrages, ist die individuelle Behandlung des Menschen. Dies kommt auch in den Schlussworten zum Ausdruck, indem der Vortragende ausführte: Ich komme zum Schluß meiner Ausführungen. Als vor einiger Zeit der Reichskanzler Luther sein Manifest an die Stockholmer Kirchenkonferenz erließ, sprach Luther von der großen Kluft, die sich zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber geöffnet habe, daß es nicht mehr möglich sei, diese Kluft zu überbrücken. Ich hoffe, ihnen durch diesen meinen Vortrag gezeigt zu haben, wie es möglich ist, durch praktische Arbeit am Faktor Mensch im Betrieb diese Kluft zu überbrücken. Es entsteht die Frage, ob es nicht Aufgabe des Staates sei, derartige Aufgaben zu lösen. Da gibt es nur eine Antwort: es darf sich zwischen uns und unserer Arbeit niemand stellen, weder der Staat noch ein anderer. Sie sind nicht berufen, diese Aufgaben zu lösen. Wir wollen uns darüber klar sein, daß, wenn wir diese Dinge von uns aus zu einer Lösung bringen wollen, dies bald und gründlich geschehen muß und unser Volk ist es wert, daß man diese Arbeit an ihm leistet. Draußen im Schützengraben haben wir unser Volk kennen gelernt. Es muß uns immer wieder mit Stolz erfüllen, wenn wir hören, daß beispielsweise in Amerika in den Betrieben an wichtigen Stellen stehende Leute als Meister, Obermeister und Betriebsführer durchweg Deutsche sind. Masse ist etwas übles unpersönliches; man muß versuchen, die Persönlichkeit heraus zu greifen. Die Wirtschaft ist in erster Linie dazu da, um Geld zu verdienen. In unserer Sorge, daß die Räder rund gehen, haben wir zweifellos oft vergessen, daß neben Kohle und Eisen das wertvollste Material unsere Menschen, vor allem die jungen Menschen sind.

Im Vorstehenden haben wir einzelne Auszüge aus dem Vortrage gebracht, der nach dem Bericht der Holzindustrie allseitig beifällig aufgenommen worden ist, in der Annahme, daß auch für unsere Mitglieder manch wertvoller Fingerzeig enthalten ist. Eines weiteren Kommentars wollen wir uns versagen.

## Konferenz in Laasphe i. Westf.

In dem von der Natur besonders schön bedachten Städtchen Laasphe traten am 3. und 4. Juli die Gewerkschaftskollegen des rheinisch-westfälischen Wittgensteiner Bezirks zusammen, um in erster Arbeit Beratungen zu pflegen, wie es möglich ist die deutsche Wirtschaft wieder flott zu machen und die Agitation zu fördern. Aus fast allen Ortsvereinen des Bezirks waren Vertreter herbeigeeilt und man erblickte hier so manchen alten Kämpfer, die in der Gewerkschaftsbewegung zwar ergraut, aber mit jugendlicher Kraft die ernste Arbeit aufnahmen.

Bezirksleiter, Kollege Renner eröffnete die Versammlung, begrüßte die Anwesenden, insbesondere Kollegen Volkmann, welcher als Vertreter des Hauptvorstandes der Tagung beizuhöhen. Kollege Walle, als Vorsitzender des Ortsvereins Laasphe sprach den Wunsch aus, daß sämtliche Vertreter sich hier wohl fühlen und von der gebotenen Gastfreundschaft weitgehenden Gebrauch machen möchten.

Kollege Volkmann hielt dann einen Vortrag über: Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf die Gewerkschaften. Der Vortragende schilderte in eingehender Weise an Hand von vielen Beispielen das Wirtschaftsleben vor, während und nach dem Kriege. er bezeichnete die bisher zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise angewendeten Mittel als völlig unzulänglich und verlangte, daß die Gewerkschaften mehr wie bisher zu allen wichtigen Fragen des öffentlichen Lebens herangezogen werden müßten. Des weiteren verlangte Redner die Mitarbeit der Frauen als eine der dringendsten Aufgaben, die leider bisher viel zu wenig Beachtung gefunden hat.

Dem Vortrage folgte ein zwangloses Beisammensein in welchem ein reger Meinungsaustausch einsetzte und herzliche Freundschaft mit den Laaspheer Kollegen und deren Frauen geschlossen wurde. Viel zur Verschönerung des Abends trugen die Vorträge des Arbeitergesangsvereins bei, welcher über gute Kräfte verfügt. Auch an dieser Stelle sei den Sängern unser herzlichster Dank ausgesprochen.

Am andern Tage ging es frisch an die Arbeit. Punkt 10 Uhr eröffnete der Vorsitzende der Bezirkskommission Kollege Hüttger-Düsseldorf die Konferenz. Die als erster Punkt der Tagesordnung vorgenommene Wahl des Büros ergab die Wahl des Kollegen Hüttger zum Leiter der Tagung, als Stellvertreter wurde Kollege Buschhaus-Laasphe und als Schriftführer Kollege Billekamp-Duisburg gewählt.

Gegen den von Kollege Renner vorgelegten Tätigkeitsbericht und Jahresabschluss wurden Einwendungen nicht erhoben.

Im Anschluß hieran hielt Renner einen Vortrag über: Welches sind die Vorbedingungen für eine erfolgreiche Agitation? An der Aussprache über diesen Punkt beteiligten sich sämtliche Vertreter. Von allen Kollegen wurde zwar der Ernst der heutigen Lage scharf betont, aber überall kam der feste Wille zum Ausdruck, je schwieriger die Lage, umso mehr müssen wir unsere ganze Kraft in den Dienst der Sache stellen.

Von verschiedenen Ortsvereinen waren Anträge gestellt, welche Organisationsreformen verlangten. Wenn manche Anträge auch mit erheblichen Kostenaufwendungen verbunden waren, so waren die Antragsteller verständlich genug nicht auf die sofortige Durchführung zu dringen, sondern dieselben in den Bereich der Möglichkeit zu stellen. Erfreulich war an und für sich festzustellen, welche fester Wille die Tagung beherrschte. Diese Männer der schwierigen Faust wußten, was sie wollten, wo Kritik einsetzte, war man nur von dem Gedanken befeelt, das Beste für unsere Organisation herauszuschälen. Die von der Hauptleitung in letzter Zeit getroffenen Maßnahmen wurden aus der Zeit geboren, als dringend notwendig anerkannt. Dem Kollegen Renner wurde für seine Tätigkeit das einmütige Vertrauen ausgesprochen. Der Kollege Volkmann wurde beauftragt die gestellten Anträge und Bestimmungen beim Hauptvorstand zu unterstützen. Alles in allem es war ein glänzender Verlauf der Tagung, wozu die Gastfreundschaft der Laaspheer Kollegen ohne Zweifel viel beigetragen hat. Obgleich diese Kollegen von der Arbeitslosigkeit wahrlich nicht verschont werden, wetteiferten dieselben förmlich untereinander, um ihren Gästen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Allen freundlichen Gastgeber mit ihren Damen sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt. Für unsere Gewerkschaftsbewegung dürfte diese Konferenz ganz wesentlich zur Klärung der verschiedensten strittigen Punkte, zur Förderung der Agitation und des gegenseitigen Verständnisses ganz wesentlich beigetragen haben.

Fritz Sandau

## Der Arbeitsmarkt.

Die allgemeine Lage der deutschen Wirtschaft hat im Juni nach dem Bericht des „Mittelsarbeitsblatt“ vom 9. Juli 1926, welcher sich im ganzen mit den Berichten aus unsern Ortsvereinen deckt, kein anderes Bild als im Mai. Abgesehen in einigen Erwerbszweigen weiterhin Absatzbesserungen nicht zu verkennen sind, hat die Aufnahmefähigkeit des Inlands wie des Auslandsmarktes im allgemeinen keine entscheidende Besserung erfahren, und die Schwierigkeiten der Anpassung der Produktion an die begrenzte Kaufkraft der Abnehmerkreise bestanden nach wie vor fort.

Für das Holz- und Schnittpfleggewerbe zeigt die Gesamtlage nach den Berichten typische Betriebe eine leichte Besserung, die vor allem — allerdings in feinswegs bedeutenden Ausmaße — die Möbelindustrie betrifft.

Das Handwerk berichtete insgesamt weiterhin über große Geschäftsstille, die in erster Linie auf die mangelhafte Bautätigkeit aber auch auf den Geldmangel der Käuferschaft zurückzuführen ist und besonders auf Bau- und Möbeltischlerzweigen zurückwirkt.

Die Lage der Möbelindustrie war im Durchschnitt unbefriedigend. Das Gleiche gilt von der Stuhlindustrie.

Die Sägewerke waren im Berichtsmonat durchgängig ungünstig beschäftigt. Der Beschäftigungsgrad wurde zum Teil auch durch Verluste beeinflusst, die durch den Preisunterschied des jetzt vielfach eingeführten tschechischen Kiefern- und polnischen Eulenkrautholzes gegenüber dem Rundholz, mit dem sich die Betriebe im Herbst eingedeckt hatten, entstanden sind.

Die Spielwarenindustrie hat im Chemnitzer Bezirk zwar einige Aufträge zu verzeichnen, blieb aber im ganzen weiterhin ungenügend beschäftigt.

Die Lage der Korbwarenindustrie verschlechterte sich nach allen Berichten weiter.

Nach dem Bericht des Landesarbeitsamts hat sich die Lage in der Berliner Holzindustrie weiter wesentlich verschlechtert, die Zahl der Arbeitslosen ist wiederum gestiegen. In der Zeit vom 28. Juni bis 3. Juli 1926 war das Verhältnis wie folgt:

	männl.	weibl.
Zahl der in der Berichtswache vorhandenen offenen Stellen	225	11
Dabon zurückgezogen	25	5
Gesamtzahl der in der Berichtswache erfolgten Vermittlungen	200	6
Dabon Mithilfen	76	—
Gesamtzahl der am Berichtstage vorhandenen Arbeitsuchenden	16 563	594
Dabon über 65 Jahre	1412	—
Gesamtzahl der am Berichtstage vorhandenen Unterstützungsbezieher	5163	128

Am 7. Juni 1926 betrug die Zahl der arbeitslosen Holzarbeiter in Berlin 15 932 — am 3. Juli 1926 16 957.

Auch in den anderen Branchen ist eher eine Verschlechterung als Besserung eingetreten, der Bericht über Feinmechanik und Musikinstrumente lautet:

Die württembergische Uhrenindustrie verringerte im Juni zum Teil die Belegschaften weiter; auch der Geschäftsgang in der Industrie des badischen Schwarzwaldes plante weiter ab. Die optische Industrie der Provinz Brandenburg wie Sachsen hatte ebenfalls, trotz vereinzelter günstiger Anzeichen, schlechter als im Vormonat zu tun.

In der Pianoforteindustrie schritten einzelne Betriebe erneut zu Arbeiterentlassungen, weil sich der Inlandsabzug nicht besserte und vor allem das Auslandsgeschäft einen weiteren Rückgang verzeichnete. Im Bogtland änderte sich die Kurzarbeit in der Streichinstrumentenindustrie nicht, dagegen neigte das Mundharmonikageschäft, wenn auch nicht durchweg zur Besserung. Die Musikspielwarenbranche war besser beschäftigt.

Die Lage auf den Werften ist nach wie vor ungünstig. Die Belegschaft der vielen Werften wurde zum Teil weiter verringert. Nach den Feststellungen der Arbeitsnachweise stießen auch hamburgische und (zum Teil) auch oldenburgische Werften sowie — für die Passagierschiffahrt — Betriebe der Provinz Brandenburg Arbeitskräfte ab. Etwas aufnahmefähig für Arbeitskräfte waren dagegen Werftbetriebe in Pommern und Regensburg.

Im Waggonbau ist die Lage im wesentlichen unverändert.

In der Bauindustrie ist eine allgemeine Besserung der Bauaufträge im Juni nicht eingetreten. Wenn auch in einigen Gegenden wie Lippe, Grenzmark, Pommern und Schlesien (Breslau) eine gewisse Belebung der Bautätigkeit zu bemerken ist, so steht dem in vielen anderen Bezirken eine Verschlechterung der Lage, zum Teil infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse, gegenüber.

Öffentliche und Siedlungsbauten die mit Hilfe der Hauszinssteuer zu errichten sind, standen im Vordergrund der Bautätigkeit während die Industrie noch immer mit Aufträgen zurückhält. Die Anzahl der neu vergebenen Aufträge war verhältnismäßig gering. Die Herabsetzung des Bankzinsfußes konnte die Finanzierung der Bauten noch nicht erheblich erleichtern.

Wie im Vormonat schien auch im Juni das Tiefbaugewerbe besser als das Hochbaugewerbe besser beschäftigt zu sein.

Die Gesamtbaukosten sind weiter etwas gesunken; da mehrere der wichtigsten Baustoffe im Preise zurückgegangen sind.

Die Lage der Baustoffindustrie hat infolge der örtlich verschiedenen starken Entwicklung der Bautätigkeit kein einheitliches Bild. In Gegenden, die eine Belebung der Bautätigkeit aufwiesen, wurden auch die Baustoffindustrien günstig beeinflusst, während eine Verschlechterung der Baumarktlage in anderen Bezirken die Absatzschwierigkeiten steigerte und zu Stilllegungen von Betrieben führte.

## Einführung in die Sozialpolitik.

Unter diesem Titel hat Herr Dr. Rauecker eine neue Schrift herausgegeben, die wir Jedem angelegentlich zur Anschaffung und zum Studium empfehlen, der sich mit Sozialpolitik zu beschäftigen hat. Wer sich über die Fragen und Begriffe der Sozialpolitik unterrichten will — und das sollte eigentlich jeder Arbeitnehmer tun — der nehme dieses neue Buch zur Hand. Der reichhaltige Stoff bietet jedem Gelegenheit, sein Wissen auf diesem Gebiete zu vertiefen und zu erweitern. Es wird hingewiesen auf das Verhältnis des Staates, der Gemeinden und der Berufsorganisationen zur Sozialpolitik und auch die internationale Arbeitsorganisation wird geschildert. Der dritte Teil dieses Buches enthält eine Schilderung der historischen Entwicklung der Sozialpolitik mit einer Geschichte der abhängigen Klassen aus der ältesten Zeit über das Mittelalter hinaus bis in die neuere Zeit hinein. Ebenso wird die Entwicklung der Arbeitnehmerschaft beeinflusst durch die Technik, die Gewerbefreiheit und die Umischichtungen, eingehend geschildert. Der letzte Abschnitt des Buches beschäftigt sich mit den sozialpolitischen Problemen in Griechenland, in Rom, im Mittelalter bis in die beginnende Neuzeit und behandelt die Lohn- und Koalitionsfragen. In kurzen Zügen wird ferner die Entwicklung der Arbeiterschutzgesetze geschildert; Der Verfasser dieses Buches, Dr. Rauecker, der auf dem Delegiertentag des Gewerkschaftsbundes deutscher Metallarbeiter in Hagen (Wingstener d. J.) in so vorzüglicher Art über die Fragen der Wirtschaft gesprochen hat, bietet Gewähr für größte Sachlichkeit seiner Ausführungen. Das Buch kostet im Einzelverkauf M. 2,50, bei einer größeren Anzahl von Bestellungen tritt eine Preisermäßigung ein, die sich nach der Anzahl der abzunehmenden Exemplare richtet. Um eine solche Preisermäßigung zu ermöglichen, nimmt das Verbandsbüro der Deutschen Gewerkschaften, Berlin NO 55, Greifswalder Straße 221—223 Bestellungen entgegen. Wir bitten diese Bestellungen auf das Buch an das Verbandsbüro baldmöglichst richten zu wollen. Aus der Anzahl der bestellten Exemplare ergibt sich dann die eventuelle Preisermäßigung.

## Aufforderung.

Es werden folgende Zeitungen verlangt:

„Eiche“, Jahrgang 1922, Nummer 2, 45 bis 51.

„Eiche“, Jahrgang 1923, Nummer 3, 4, 8, 13, 21. 24—26.

„Eiche“, Jahrgang 1924, Nummer 2, 3 und 26.

Ortsvereine welche noch im Besitz vorstehender Nummern sind, ersuchen wir, dieselben an das Hauptbüro einzusenden.

## Rolleger.

Zahlt Eure Beiträge pünktlich, damit ihr Euer Anrecht auf Unterstützung nicht verliert. Pünktliche Beitragszahlung in allen Klassen ist die erste Vorbedingung.

Die Beiträge sind fällig:

für die 28. Beitragswoche vom 10.—16. Juli

für die 29. Beitragswoche vom 17.—23. Juli

für die 30. Beitragswoche vom 24.—30. Juli

für die 31. Beitragswoche vom 31. Juli bis 6. August

Jedes Mitglied ist verpflichtet wöchentlich im Voraus einen Wochenbeitrag zu bezahlen.

Aufgabe des Kassierers ist es, immer vor dem 10. eines Monats die Abrechnung des letzten Monats und das Geld einzusenden; auch Teilgeldsendungen im Laufe des Monats. Der Vorstehende hat darauf zu achten, daß dies geschieht ist.